

Unsicherheitsgefühle in Städten

Wi(e)der die Kriminalprävention

In den letzten Jahren sind wiederholt Texte zu Fragen der Kriminalprävention in der »Neuen Kriminalpolitik« erschienen. An einige Autoren und ihre Argumente (ohne freilich den Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben) sei hier erinnert: Fehsee (1/1999) geißelte in der NK wie an anderer Stelle die in Deutschland wild wuchernden Programme kommunaler Kriminalprävention, die sich (auch) damit verbindende Verpolizeichung des Strafrechts sowie die Umdeutung aller gesellschaftlichen Probleme in Kriminalitätsprobleme; Walter (4/2003) kritisierte den Rückzug des Staates aus der monopolistischen Zuständigkeit für die Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit und der damit (oftmals) einhergehenden Privatisierung des öffentlichen Raums; Hefendehl sprach von einem Paradigmenwechsel, wenn Sozialpolitik nicht länger »um ihrer selbst willen«, sondern aus Gründen der Kriminalprävention betrieben werde und verwies auf die Notwendigkeit der Vorverlagerung von Präventionsmaßnahmen in ehemals rechtlich geschützte Bereiche der Gesinnung, der Lebensführung und der sozialen Kontakte, um wirksam sein zu können. Joachim Oberfell-Fuchs (2/2000) setzte sich mit methodischen Problemen der Messung primärer Präventionsmaßnahmen auseinander und sah in Deutschland mit Unbehagen die Dominanz von Praktikern im Bereich der Kriminalprävention und vermisste die sozialwissenschaftlich-kriminologische Expertise. Zu den me-

thodischen Arbeiten zählten auch die Texte von Volkmann (1/2002) oder Stummvoll (4/2002).

In den beiden Arbeiten aus Österreich und Polen, die in diesem Heft publiziert werden, wird die Diskussion unter empirischen Gesichtspunkten weitergeführt. Wolfgang Stangl berichtet vom Umgang mit Kriminalprävention in Wien und dem Umstand besonderer Skepsis gegenüber kriminalpräventiven Konzepten in dieser Großstadt im Herzen Europas. Dies wird im Kontrast zum Text von Janina Czapska deutlich, die über Kraków berichtet und die spezifische Bedeutung von Kriminalprävention in einer nachkommunistischen Stadtgesellschaft.

In beiden Städten hat die internationale Präventionsrhetorik Einzug gehalten und die

zitierten rechtsstaatlichen Bedenken bestehen da wie dort. Und doch hat Kriminalprävention als Begriff wie auch als implementiertes Konzept am Beginn des 21. Jahrhunderts in einer postkommunistischen Stadtgesellschaft eine deutlich andere Bedeutung als in einer seit Jahrzehnten sozialdemokratisch regierten Stadt und ihrer wohlfahrtsstaatlich-fordistischen Philosophie.

Zum Abschluss sei noch erwähnt, dass beide Texte sich auf Überlegungen und Ergebnisse aus folgendem EU-geförderten Projekt beziehen: »Insecurity in European Cities« (InSec). »Crime-Related Fears Within the Context of New Anxieties and Community-Based Crime Prevention.« Umfassende Informationen dazu unter: <http://www.insec.uni-hamburg.de>

Wolfgang Stangl